

Für ein geeinteres und inklusiveres Europa

I. Der europäische Kontext

Zwischen 2020 und 2021 war Europa mit einer schrecklichen Pandemie konfrontiert, die mehr als eine Million Menschen tötete, insbesondere unter der älteren Bevölkerung. Diese Situation offenbarte den Niedergang der Gesundheitssysteme und die Schwächung der Sozialsysteme. In einer Welt, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit in weiter Ferne zu liegen scheinen, während Ungleichheiten in Bezug auf Alter, Geschlecht und Herkunft ausgeprägter denn je sind, wird die Rolle der Gewerkschaftsbewegung für eine vereinte und integrative Welt und ein geeintes Europa von entscheidender Bedeutung. Die Folgen der russischen Invasion in der Ukraine haben neben den vielen Toten und dem Exodus tausender ukrainischer Frauen und Kinder zu erhöhten globalen Spannungen geführt, die politische, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen und Konsequenzen mit sich bringen. Europa muss diese Situation überwinden, indem es einen echten Friedensprozess in Gang setzt. Der Krieg hat zu einem sehr erheblichen Anstieg der Kosten für Gas, Energie, Rohstoffe und Gütern des täglichen Bedarfs sowie zu einem sehr starken Anstieg der Inflation geführt. Das hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Arbeitswelt, auf die Familien und insbesondere auf die älteren Menschen hat, die fast ein Viertel der europäischen Bevölkerung ausmachen. In der EU-Politik wird dieser Anteil älterer Menschen oft als Belastung für die Gesellschaft und als Kostenfaktor behandelt.

Vor diesem Hintergrund wird FERPA folgendes fordern:

- ein konstruktives, geeintes Europa, frei von Krieg das in der Lage ist, der Zukunft mit Einheit und Entschlossenheit entgegenzusehen, mit einer sozialeren und integrativeren Perspektive, die den Schutz aller Bürger garantiert, ohne jemanden zurückzulassen;
- soziale und wirtschaftliche Maßnahmen, die effiziente, hochwertige und für alle zugängliche öffentliche Gesundheitssysteme gewährleisten;
- Lohn- und Rentenerhöhungen zur Bekämpfung der inflationären Notlage;
- die absolute Notwendigkeit, eine Rückkehr zu den Stabilitätspakten zu vermeiden, da sich diese als Sparpakete erwiesen haben und in einigen Ländern die Hauptursache für Kürzungen im Gesundheitswesen und bei den Renten waren und somit für die Zunahme der Armut, insbesondere unter älteren Menschen, verantwortlich waren;
- die Anwendung der Europäischen Sozialcharta, des Protokolls über den sozialen Fortschritt, der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte und der Vorschläge des Abschlussberichts der Konferenz über die Zukunft Europas.

Im Einklang mit der Position der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und des Europäischen Gewerkschaftsbundes ist das Vorgehen von FERPA für ältere Menschen in Europa fest in einem auf Rechten basierenden Ansatz verwurzelt.

II. Die rund 100 Millionen älteren Menschen und Rentner müssen als wichtige Ressource für Europa anerkannt werden

In Europa altert die Bevölkerung seit mehreren Jahrzehnten allmählich, wobei die Prozentsätze je nach Land unterschiedlich hoch sind. Die Alterung der Bevölkerung ist hauptsächlich auf zwei Faktoren zurückzuführen: einen Rückgang der Geburtenrate und einen Anstieg der Lebenserwartung.

FERPA kämpft daher:

- für einen Wohlfahrtsstaat entsprechend dem Niveau jedes Mitgliedstaats, der so umgestaltet wird, dass das Altern für alle Bürger als Chance und nicht als Kosten betrachtet wird;
- für ein Europa, das die Rechte aller Bürger und die Beziehungen zwischen verschiedenen Völkern stärkt, indem es jede Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Herkunftsland und vor allem Alter ablehnt;
- für öffentliche Investitionen, die das soziale Wohlergehen aller Bürgerinnen und Bürger fördern und bekräftigen, dass der wirtschaftliche Aufschwung auch positive Antworten für diesen großen Teil der älteren Bevölkerung Europas haben muss, die ein Recht auf wirtschaftliche Ressourcen und wirksame Dienstleistungen hat, um in Würde altern zu können;
- für Konsultation und Beteiligung an den Entscheidungen der europäischen Institutionen, die ältere Menschen und Rentner betreffen. Diese Regel sollte auch in allen EU-Ländern gelten.

FERPA wird am 1. Oktober, dem Internationalen Tag der älteren Menschen, der von den Vereinten Nationen begangen wird, mobilisieren. Sie wird diesen Tag jedes Jahr nutzen, um ihre Forderungen durch Aktionen und Initiativen zu kommunizieren und zu unterstützen.

III. Das Manifest

Das Manifest ist das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit aller Mitglieder von FERPA, die auch unter schwierigen Bedingungen aufgrund der Pandemie durchgeführt wurde. Es wurde im Rahmen der Reformen, die sich aus der Umsetzung der europäischen Pläne ergeben, entwickelt und einstimmig angenommen.

Für FERPA wird das Manifest das Werkzeug sein, das sie für ihre Forderungen nach Folgendem nutzt:

- öffentlicher und universeller Sozialschutz in allen Ländern der Europäischen Union, um das Leben älterer Menschen und Rentner konkret zu verbessern und die Zahl der in Armut lebenden Menschen zu verringern;
- das Recht auf angemessene Renten, auf ihre volle, an die Entwicklung der Löhne und Gehälter und an ein Mindestmaß an Lebenshaltungskosten gebundene Aufwertung, die geeignet ist, ihre Kaufkraft zu schützen. Das Recht auf eine Mindestrente in jedem Land, deren Höhe über der Armutsgrenze liegt und es den Menschen ermöglicht, unter menschenwürdigen Bedingungen zu leben;
- Verbesserung der Lage älterer Menschen, insbesondere der Frauen;
- das universelle Recht auf eine qualitativ hochwertige langfristige öffentliche Gesundheitsversorgung;
- das universelle Recht auf angemessenes Wohnen;
- das universelle Recht auf Zugang zu Energie und grundlegenden Dienstleistungen;
- das universelle Recht auf soziale Eingliederung und die volle Teilhabe älterer Menschen am sozialen, politischen und kulturellen Leben im Geiste der Generationen;
- Renten sollten nicht als einfache Kosten betrachtet werden, sondern als ein Recht aller Bürger, die während ihres Arbeitslebens Beiträge geleistet haben.

FERPA weist Behauptungen entschieden zurück, dass die einzigen Lösungen für die Nachhaltigkeit der Rentensysteme darin bestehen, das Rentenalter anzuheben und die Neubewertung der Renten einzufrieren.

IV. Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte

Die europäische Säule sozialer Rechte wurde 2017 in Göteborg als starkes politisches Bekenntnis der Mitgliedstaaten zur Förderung sozialer Rechte in Europa proklamiert. Für FERPA, die an ein vereintes Europa glaubt, weckte diese Proklamation positive Erwartungen in der Überzeugung, dass sie zur Verbesserung der sozialen Rechte in Europa beitragen würde. Allerdings sind die 20 Grundsätze noch nicht vollständig umgesetzt.

FERPA verpflichtet sich daher:

- die europäischen Institutionen und die nationalen Regierungen nachdrücklich aufzufordern, die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte als Schlüsselement für Entwicklung und Wiederaufbau, für den Schutz von Millionen von Menschen, insbesondere älterer Menschen, fortzusetzen und ein aktives, würdevolles und gesundes Altern zu fördern.

Die europäische Säule sozialer Rechte muss integraler Bestandteil der europäischen Verträge werden, damit sie in allen EU-Ländern umgesetzt werden kann.

V. Für eine europäische Steuerpolitik

FERPA hält es für wesentlich, dass die europäischen Institutionen eine europäische Fiskalpolitik fördern, die zu mehr Gerechtigkeit tendiert.

FERPA fordert daher

- einheitlichere und egalitärere Steuerpolitik in allen europäischen Ländern, insbesondere bei der Rentenbesteuerung, wobei auch spezifische Abzüge für Rentner eingeführt werden;
- entschlossener wirksamer Kampf gegen europäische Steueroasen und für die Besteuerung europäischer Superprofite.

VI. Solidarität zwischen den Generationen zur Stärkung der Rechte von Bürgern jeden Alters

Für ein besseres Europa, das auf den Grundsätzen der Solidarität, Gleichheit, Gerechtigkeit, des sozialen Zusammenhalts und des Friedens beruht, ist es notwendig, einen Generationenpakt zwischen Jung und Alt auf allen Ebenen zu fördern.

FERPA hat sich verpflichtet, die 2016 mit dem EGB-Jugendausschuss unterzeichnete Vereinbarung zu aktualisieren, um eine echte Brücke zwischen den Generationen der verschiedenen Länder in Europa als Ganzes zu schlagen. Ziel ist es, die Interessen von Jugendlichen, älteren Menschen und Rentnern gegenüber den europäischen Institutionen und Regierungen der verschiedenen Länder bestmöglich zu vertreten und zu verteidigen.

FERPA fordert daher:

- die Aktualisierung des Abkommens;
- dringende Maßnahmen zur Erleichterung des Eintritts junger Menschen in den Arbeitsmarkt durch die Schaffung stabiler und hochwertiger Arbeitsplätze, um den neuen Generationen wirtschaftliche Autonomie und eine zuversichtliche Zukunft zu bieten, auch wenn sie in den Ruhestand gehen;
- Vollbeschäftigung mit mehr und besseren Arbeitsplätzen, um auch die langfristige Tragfähigkeit der derzeitigen und künftigen Sozialsysteme zu gewährleisten, wobei besonderes Augenmerk auf das Verhältnis zwischen der Zahl der aktiven Arbeitnehmer und der Zahl der Arbeitnehmer im Ruhestand zu achten ist, das in einigen Ländern weiter abnimmt;
- europäische Politik unter Berücksichtigung des demografischen Wandels, die eine wirksame Wirtschaftshilfe und soziale Dienstleistungen gewährleisten;
- Migrationspolitik, die auf der Achtung der Grundfreiheiten sowie der Menschen- und Arbeitnehmerrechte beruht;
- Erleichterung der Weitergabe von Erfahrungen älterer Arbeitnehmer an jüngere Arbeitnehmer, um ihre bessere Eingliederung in die Arbeitswelt zu fördern, begleitet von generationenübergreifenden Übergangsprozessen, indem die Qualität und Stabilität der Arbeitsverträge, des wirtschaftlichen Einkommens und der gesundheitlichen Vorteile gewährleistet wird, ohne die Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen sowie die Arbeitsbedingungen und die Achtung der Rechte auszuschließen, ohne Diskriminierung. Das insbesondere für junge Menschen, die in die Arbeitswelt eintreten;
- gemeinsame Maßnahmen gegen die Armut, die das Recht auf ein Leben in Würde in allen Lebensphasen mit angemessenen wirtschaftlichen Ressourcen fördern

FERPA engagiert sich aktiv im Kampf gegen den Klimawandel, der die Gegenwart und Zukunft des Planeten gefährdet.

VII. Ein digitaleres Europa, das niemanden zurücklässt

Die rasante digitale Innovation hat alle Bereiche der Gesellschaft verändert, einschließlich der Dienstleistungen für ältere Menschen.

Für FERPA ist es wichtig, dass:

- dieser Herausforderung durch konkrete Maßnahmen begegnet wird, um diese Technologien optimal zu nutzen, insbesondere in den Bereichen Dienstleistungen, Gesundheit, Hausautomation und Kommunikation, wobei den Risiken der Ausgrenzung und Einsamkeit älterer Menschen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.
- älteren Menschen eine kontinuierliche Weiterbildung und Unterstützung im digitalen Bereich garantiert wird, damit sie von diesen Diensten profitieren können.
- in allen Fällen jedem Bürger, insbesondere älteren Menschen, eine Alternative zur digitalen Technologie angeboten wird, damit sie gleichberechtigten Zugang zu allen Dienstleistungen und Verfahren haben.
- der digitalen Ausgrenzung von Millionen älterer Menschen, insbesondere von Frauen, die stärker als andere Gruppen von digitaler Ungleichheit betroffen sind, größere Aufmerksamkeit geschenkt wird;
- das gesamte europäische Hoheitsgebiet vollständig von einem hochwertigen Internetnetz abgedeckt ist, das für jedermann zu einem erschwinglichen Preis zugänglich ist.

VIII. FERPA ist ein großer europäischer Gewerkschaftsverband, der Rentner vertritt

FERPA ist zusammen mit seinen Organisationen die wichtigste repräsentative Organisation für ältere Menschen in Europa. Als Föderation der Rentner und älteren Menschen des Europäischen Gewerkschaftsbundes, ist FERPA die relevanteste Organisation für europäische Senioren, die ihren Forderungen gegenüber den europäischen Institutionen vertritt.

In einem Europa, in dem die ältere und pensionierte Bevölkerung weiterwächst, wird eine starke Vertretung durch die Europäische Föderation der Rentner und älteren Menschen immer wichtiger.

Gewerkschaften, die Mitglieder der FERPA sind, vertreten ältere und pensionierte Menschen aus allen Bereichen der Arbeitswelt und bieten so eine breite Vision und Erfahrung in allen Bereichen.

FERPA verpflichtet sich daher:

- zur Stärkung ihrer Stimme in Europa, die auch ihre Position innerhalb des EGB stärken sollte. Erklärungen des EGB, die allgemeine Fragen und Beschwerden aufwerfen, berücksichtigen allzu oft die Position älterer und pensionierter Menschen nicht ausreichend. Die Stärkung der Position der FERPA innerhalb des EGB sollte mit einer engeren Zusammenarbeit auf nationaler Ebene zwischen EGB-Mitgliedsorganisationen und FERPA-Mitgliedsorganisationen einhergehen. Darüber hinaus sollte die FERPA ihre Mitgliedschaft auf Organisationen in Ländern mit EGB-Mitgliedern ausdehnen, die noch keine mit FERPA verbundene Organisation haben;
- zur Stärkung der Teamarbeit der FERPA, so dass sie zunehmend in der Lage ist, jede Anfrage im Rahmen von Verhandlungen vorzuschlagen, zu bündeln, zu mobilisieren und erforderlichenfalls zu protestieren und kollektiv zu beantworten;
- Nutzung der Räume auf der neuen FERPA-Website, die den Mitgliedern des Lenkungsausschusses zur Verfügung gestellt wird, um über das Sekretariat alle erforderlichen Unterlagen einzufügen, um allen Organisationen von Rentnern eine bessere Unterstützung mit nützlichen und aktuellen Nachrichten zu bieten.

IX. Gleichstellung und Geschlechterpolitik

Das Altern hat in Europa und in den verschiedenen Ländern erhebliche geschlechtsspezifische Dimensionen.

In vielen, wenn nicht allen europäischen Ländern stellen Frauen die Mehrheit der älteren Bevölkerung. Sie leben im Durchschnitt länger als Männer und sind oft mit einem Verlust an Autonomie und dem Risiko konfrontiert, mit zunehmendem Alter allein zu leben. Sie haben niedrigere Renten und sind daher stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen.

FERPA, auch durch den Frauenausschuss, hat sich immer verpflichtet:

- für die Rechte und Bedürfnisse älterer Frauen und Männer einzutreten unter Berücksichtigung der Gleichstellung und der Geschlechterdimension ;
- zur Bekämpfung jeglicher Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität und der sexuellen Ausrichtung;
- die Föderation durch die Hervorhebung der geschlechtsspezifischen Besonderheiten, die Förderung der Chancengleichheit und der demokratischen Gleichberechtigung für Frauen und Männer immer geeigneter zu machen;
- die Vertretung von Frauen in den Gremien der FERPA zu erhöhen, indem auch geeignetere Möglichkeiten der Beteiligung am Leben der FERPA durch eine größere gemeinsame Anstrengung von Frauen und Männern aus allen angeschlossenen Organisationen geprüft werden.

- aktive Teilnahme des FERPA-Frauenausschusses an den Sitzungen des EGB-Frauenausschusses. Diese Teilnahme ist unerlässlich, um die gemeinsame Arbeit zu Themen zu definieren, die Frauen und insbesondere ältere und pensionierte Frauen betreffen, und um sicherzustellen, dass die Stimme von FERPA im EGB-Frauenausschuss gehört wird.

X. X. Die Beziehung zum EGB, dem Europäischen Gewerkschaftsbund

FERPA nimmt aktiv an allen Sitzungen der EGB-Gremien teil und trägt dazu bei, ihre Politik zu definieren, um sicherzustellen, dass die Lebensbedingungen von Rentnern und älteren Menschen in der Debatte und in den eingenommenen Positionen gebührend berücksichtigt werden.

Die FERPA bedauert jedoch, dass der Änderungsantrag zur Erlangung des Stimmrechts in EGB-Gremien während der Halbzeitkonferenz von Lissabon nicht angenommen wurde.

FERPA setzt sich dafür ein, dass:

- ihre Mitgliedsorganisationen bei ihren Dachverbänden intervenieren, um die Zustimmung zum Stimmrecht der FERPA in den EGB-Organen zu erwirken, um integrative Gewerkschaftsarbeit gegenüber dem großen und bedeutenden Teil der Bevölkerung zu gewährleisten, der sich aus älteren und pensionierten Menschen zusammensetzt.

Dies sind die allgemeinen politischen Forderungen, die wir während der neuen Amtszeit unterstützen wollen. Sie können nur mit einem gemeinsamen Engagement und durch die gemeinsame Anstrengung von Frauen und Männern aus allen FERPA-Organisationen erreicht werden.

Die Umsetzungsverfahren werden auf der ordentlichen Sitzung des Exekutivkomitees im Anschluss an den Kongress erörtert.